

Flüchtlinge, Eurokrise, Bargeldverbot – Zerfällt die Europäische Union?

Vortrag von Prof. Dr. Ulrich van Suntum
Universität Münster/Landesvorsitzender von ALFA NRW



Der Schengenraum ist nicht identisch mit der EU

Europäische Nachbarschaftspolitik , (ENP), Stand Juni 2010

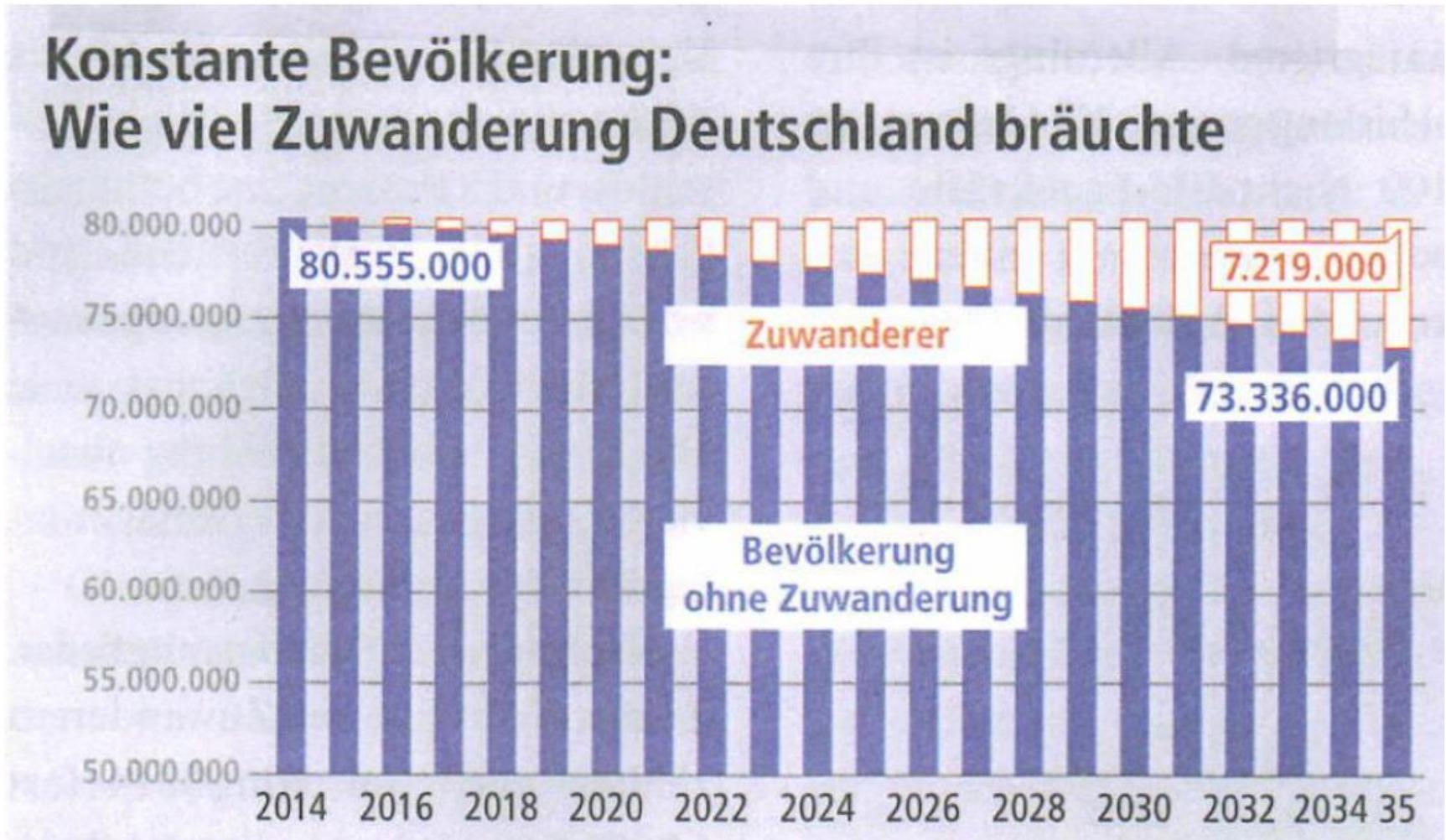
-  Europäische Union
-  Beitrittskandidaten
-  Zusammenarbeit ohne spezielles Abkommen

Aktionsplan (ENP)

-  in Vorbereitung
-  angenommen
-  angenommen und mit einem «bevorzugten Status» oder besonderen Abkommen verbunden
-  Schengenraum



Rein rechnerisch bräuchten wir mehr als
sieben Millionen Zuwanderer



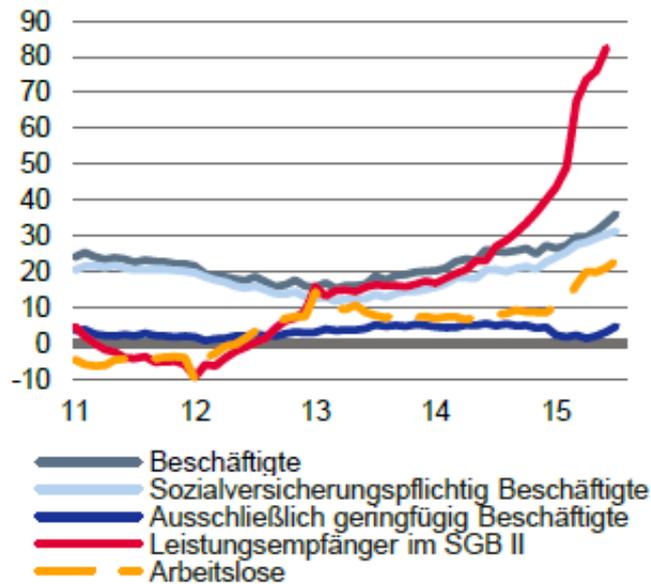
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Die Risiken: Hohe Sozialkosten und Veränderung der Kultur

Bei Personen aus den Asylzuguländern hoher Anstieg bei Leistungsempfängern und Arbeitslosen

28

Leistungsempfänger im SGB II
Veränderung gg. Vj., Tausend Personen

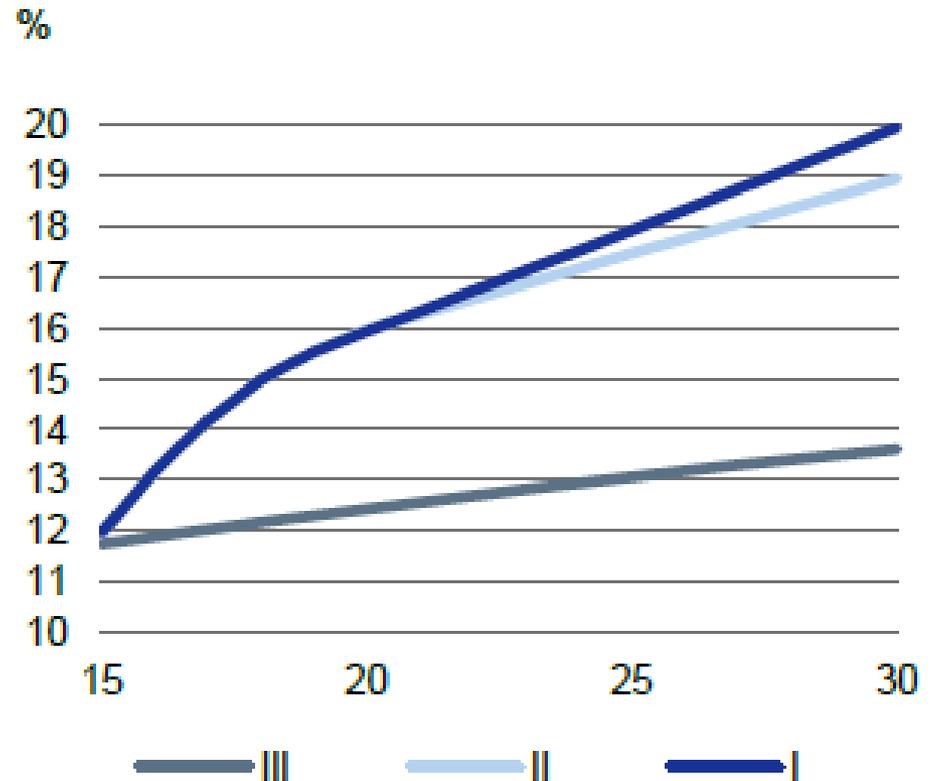


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, August 2015

Quelle: DB-Research

Ausländeranteil könnte sich bis 2030 verdoppeln

34



Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ist schwierig

Viele Flüchtlinge beenden Lehre vorzeitig

In Oberbayern stiegen gut zwei Drittel wieder aus. Sie sprechen nicht genug deutsch, und das Lehrgeld ist knapp.



FAZ 16.10.15 S.15

bildungsbegleiter eingestellt, die Betriebe und Lehrlinge dabei unterstützen sollen. Für die Ausbildungsabbrüche hat Semper vor allem zwei Ursachen ausgemacht: Viele Lehrlinge seien in der Zwischenprüfung gescheitert – oft hätten die Deutschkenntnisse dazu noch nicht ausgereicht. Andere hätten aber auch immer wieder

Firmen sehen Flüchtlinge als Hilfsarbeiter

FAZ 22.11.15 S.14

Die große Mehrheit befragter Unternehmen sieht für Asylbewerber höchstens ein Potential als Hilfsarbeiter. Nur gut 20 Prozent rechnen mit künftigen Facharbeitern.



ppl./fib./sup. FRANKFURT, 26. November. Es war die Hoffnung mancher Politiker und Verbände, durch den Asylbewerberstrom einen Teil des Fachkräftemangels lindern zu können. Diese Hoffnung weicht jedoch zunehmend Ernüchterung. Nach einer neuen Umfrage des Ifo-Instituts unter rund 3150 Unternehmen sieht die übergroße Mehrheit für die Flüchtlinge noch nicht einmal Potential als Hilfsarbeiter in ihren Betrieben. „59 Prozent sehen dafür nur geringe Chancen“, sagte der Ifo-Wirtschaftsprofessor Gabriel Felbermayr.

Syrische Schulkinder haben wenig gelernt

FAZ 9.12.15 S.17

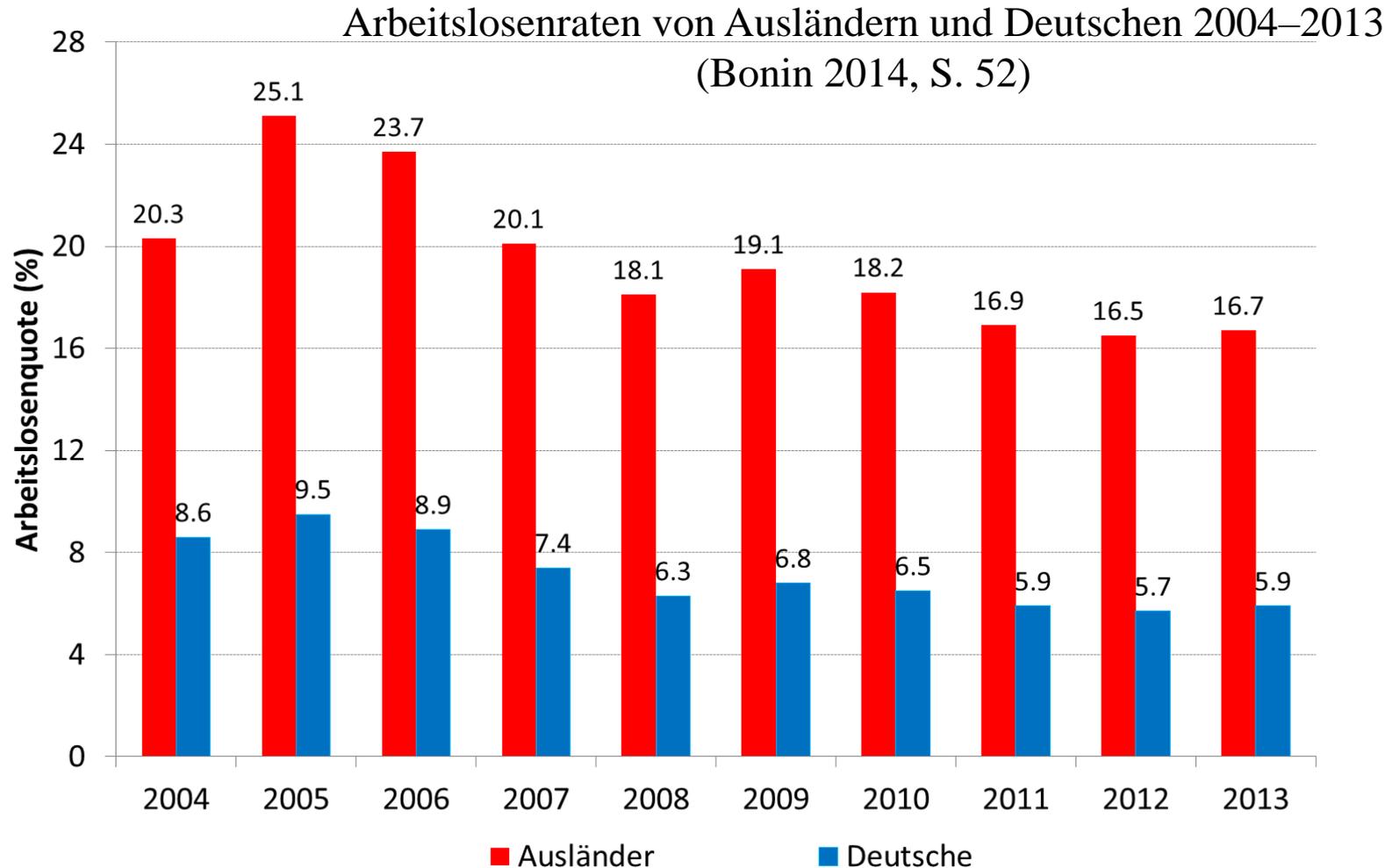
Ifo-Forscher: Berufsausbildung könnte viele überfordern

Frankfurt, 8. Dezember. Der Münchener Bildungsforscher Ludger Wößmann warnt davor, das Bildungsniveau der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge zu optimistisch einzuschätzen. Insbesondere junge Menschen, die aus Syrien stammen, seien deutlich schlechter ausgebildet als deutsche Jugendliche. „Zwei Drittel der Achtklässler in Syrien haben 2011, also noch vor Ausbruch des Bürgerkriegs, nicht ein Kompetenzniveau erreicht, das der untersten Stufe des Pisa-Tests entspricht“, sagte der Ifo-Forscher dieser Zeitung. Diese Jugendlichen können in ihrer Muttersprache zwar einfachste Aufgaben lösen. Sie waren aber beispielsweise nicht in der Lage, einen Preis für ein Flugticket in eine andere Währung umzurechnen. In Deutschland

erworben, um zum Beispiel eine Vollausbildung in Deutschland zu meistern“, sagt der Ökonom. Dass diese Flüchtlinge nun rasch in Deutschkurse vermittelt werden, hält Wößmann für dringend notwendig. Erfahrungen der Handwerkskammer für München und Oberbayern scheinen dem Forscher recht zu geben. 70 Prozent der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak hätten ihre Ausbildung abgebrochen, die sie vor zwei Jahren begonnen haben, teilte das Ifo-Institut kürzlich mit.

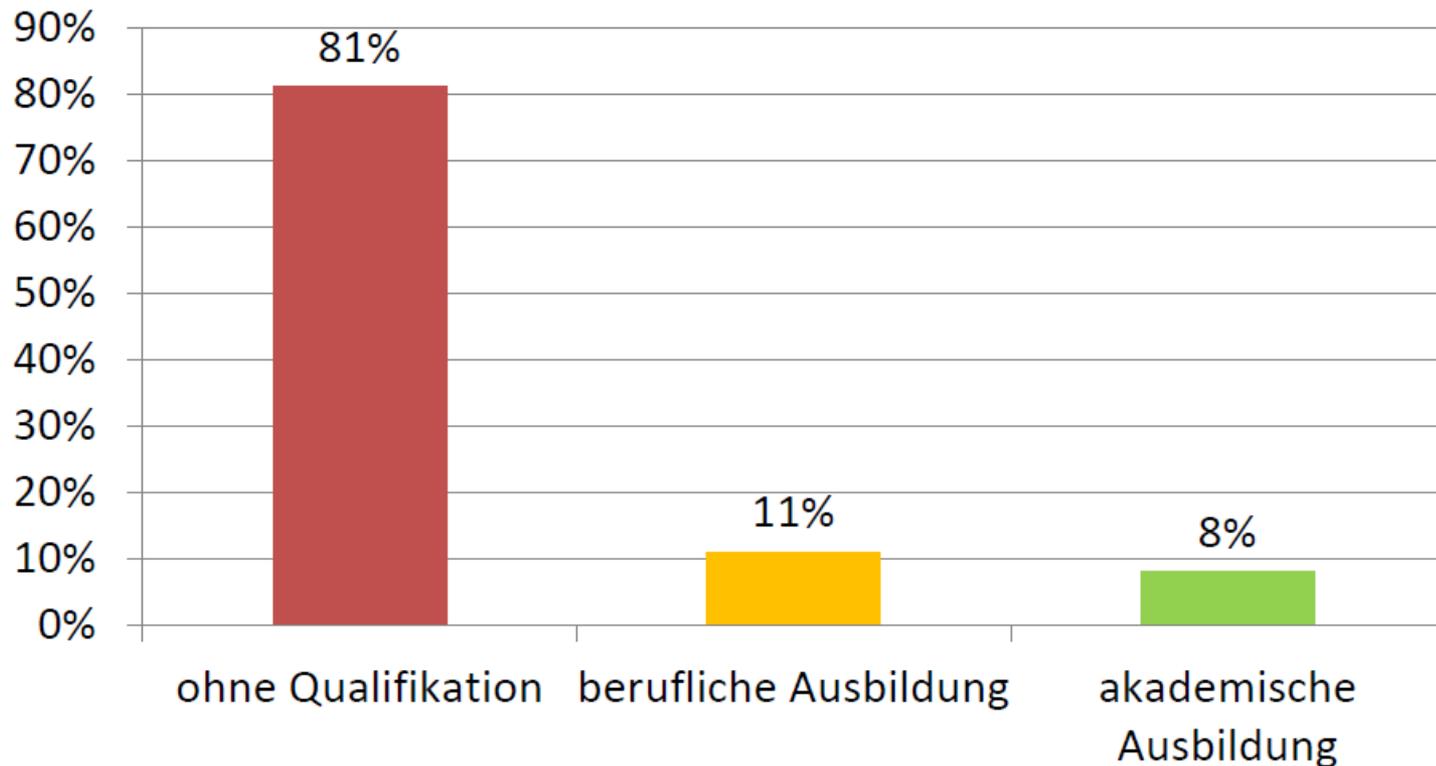
Die internationale Vergleichsstudie der Ökonomen bezieht sich auf Bildungstests in den jeweiligen Heimatländern. Ob die Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen, im Schnitt besser oder schlechter ausgebildet sind als die Gesamtbevölkerung, sei unklar. „Das gro-

Das Arbeitslosenrisiko der Ausländer ist dreimal so hoch wie das der Deutschen



Die Flüchtlinge sind im Durchschnitt weit weniger qualifiziert als die bisherigen Zuwanderer

Qualifikation der Flüchtlinge (Prognose BA/FAZ vom 31.10.15)



Rund 2,7 Mio. Geringqualifizierten, aber nur 200.000 entsprechende offene Stellen

Stellenangebot bei über 1 Million

23

Millionen

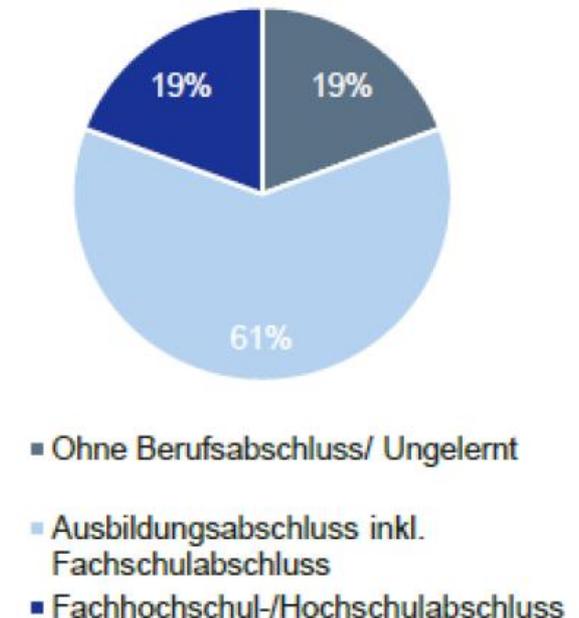


Quelle: IAB

Rund 20% der Stellen entfallen auf ungelernte/ohne Berufsabschluss

24

%, Q4 2014



Quelle: IAB

Quelle: DB-Research

Unterschiedliche Schätzungen der Flüchtlingskosten

Ifo-Institut: Kosten für Flüchtlinge 21,1 Mrd. € (für 2015)

Sachverständigenrat: Kosten von 8,3 Mrd. € (2015) bzw. 14,3 Mrd. € (2016)

Stiftung Marktwirtschaft (Bernd Raffelhüschen): 17 Mrd. €/Jahr => 900 Mrd. € (Barwert) insgesamt

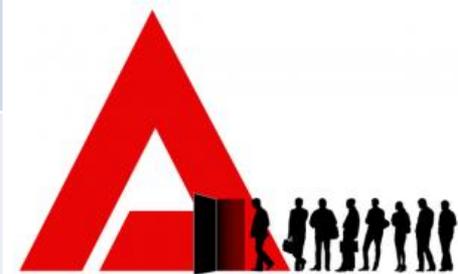
ZEW (Clemens Fuest): 20 – 30 Mrd. €/Jahr

IfW: 25 – 55 Mrd. €/Jahr

Voraussetzung in allen Fällen: sinkende Zahlen und relativ gute Integration in den Arbeitsmarkt

DIW: Arbeitslosenquote der Flüchtlinge nach 10 Jahren bei knapp 40%, Produktivität bei bestenfalls 67% der Einheimischen

Annahmen des DIW für Flüchtlinge	Prozent
Im Erwerbsalter	70% - 75%
Partizipationsrate (Teilnahmebereitschaft am Erwerbsleben)	75% - 85%
Arbeitslosenquote nach 2-5 Jahren	50% - 60%
nach 6-10 Jahren	38% - 50%
Produktivität (in % Einheimischer) nach 2-5 Jahren	50% - 65%
nach 6-10 Jahren	59% - 67%



Diese Annahmen beruhen auf Erfahrungen mit weitaus besser qualifizierten Einwanderern!

Bringen die Flüchtlinge zusätzliche Nachfrage und damit eine Wachstumssteigerung?



- Zusätzliche Nachfrage könnte man auch anders schaffen
- Wir sind bereits im Konjunkturhoch => es fehlt nicht an Nachfrage
- Bestenfalls ein Strohfeuer mit Preisanstiegen zu erwarten
- Wir bezahlen die Nachfragesteigerung selbst

Der Nachfrageeffekt ist derzeit weder erwünscht,
noch brauchen wir dazu Einwanderer

Grenzsicherung mit verhältnismäßigen Mitteln ist möglich und Realität

Bulgarien baut Grenzmauer zur Türkei

**30 Kilometer lange Mauer soll Flüchtlingsstrom aus Syrien
eindämmen**



Notwendige und sinnvolle Maßnahmen:

- Ende der „Willkommenskultur“
- Legale Einreisemöglichkeiten (Losverfahren)
- Physische Grenzüberwindungshindernisse
- Kontrollen hinter der Grenze
- Ausweisung illegaler Einwanderer
- Verlust des Asylrechts bei illegaler Einreise
- Aufnahmelager vor der EU-Grenze
- Verbesserung des Lebensbedingungen dort
- Langfristig: Bekämpfung der Ursachen

Der Türkei-Deal



Rücknahme von Flüchtlingen aus der Türkei nach Griechenland

Dafür Aufnahme von Syrern in die EU aus der Türkei 1:1 (maximal 72.000)

Später ggfs. Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus der Türkei

Lockerung von Visabestimmungen für Türken in der EU

EU-Beitrittsperspektive für die Türkei

3 Mrd. € für die Versorgung syrischer Flüchtlinge + weiter 3 Mrd. 2018

EU-Beitritt der Türkei?

Die Beitrittsverhandlungen wurden offiziell im Oktober 2005 aufgenommen. Bereits 1999 war dem Land der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten der EU zuerkannt worden.

Argumente dagegen:

- Zypern-Konflikt
- Türkei wäre mit 80 Mio. Einwohnern bald größtes EU-Land
- Türkei grenzt an viele Krisenstaaten und hat innere Konflikte (Kurden)
- Türkei ist muslimisches Land, liegt außerhalb Europas, andere Kultur
- Türkei ist arm, es drohen massive finanzielle Lasten und Migration
- Türkei ist schon assoziiertes EU-Mitglied sowie Nato-Mitglied
- Erdogan missachtet Menschenrechte und Demokratie

Die EU-Kommission schlägt einen automatischen Asyl-Mechanismus im Zuge der Reform des Dublin-Systems vor. Wer nicht mitmacht, soll 250.000 Euro Strafe pro Flüchtling bezahlen.

Referenzwerte zur Aufnahme von Asylbewerbern für alle EU-Staaten gemäß Bevölkerungsgröße und Wirtschaftsleistung (1:1)

Großbritannien, Irland und Dänemark müssen aufgrund von Ausnahmeregelungen nicht mitmachen.

Die bisher beschlossene, aber nur schleppend vorankommende Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen in der EU soll nach den bisherigen Quoten fortgesetzt werden.

http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4981924/Fluechtlinge_Mittelosteuropa_eer-zerpflucken-QuotenVorschlag



<http://www.theeuropean.de/dirk-maxeiner/10938-250000-euro-strafzahlung-pro-migrant>

Flüchtlinge kosten Deutschland 375 Milliarden

250.000 Euro Strafzahlung pro Migrant

Nach Deutschland kamen in den letzten 15 Monaten ca. 1,5 Mio. Flüchtlinge

1,5 Millionen mal 250.000 = 375 Milliarden Euro

Beispiel Tschechische Republik : 250.000 Euro = Lebenseinkommen eines durchschnittlichen Arbeiters

Allerdings: Nachzug der Angehörigen => aus einem Migrant werden fünf => Abzahlung effektiv „nur“ 50.000 Euro pro Person.

ALFA: Festlegung der Flüchtlingsaufnahme von unten nach oben („atmende Obergrenze“)

- In Deutschland: Kommunen entscheiden, der Bund zahlt
- In Europa: Dito (Verbindung von Solidarität und nationaler Souveränität)

- Mitgliedsländer EU28 legen selbst nationale Kontingente fest
- Summe = EU-Kontingent, Residenzpflicht für Flüchtlinge
- Begrenzung durch qualifiziertes Losverfahren
- Gesamtkosten trägt EU, erstattet diese den Aufnahmeländern

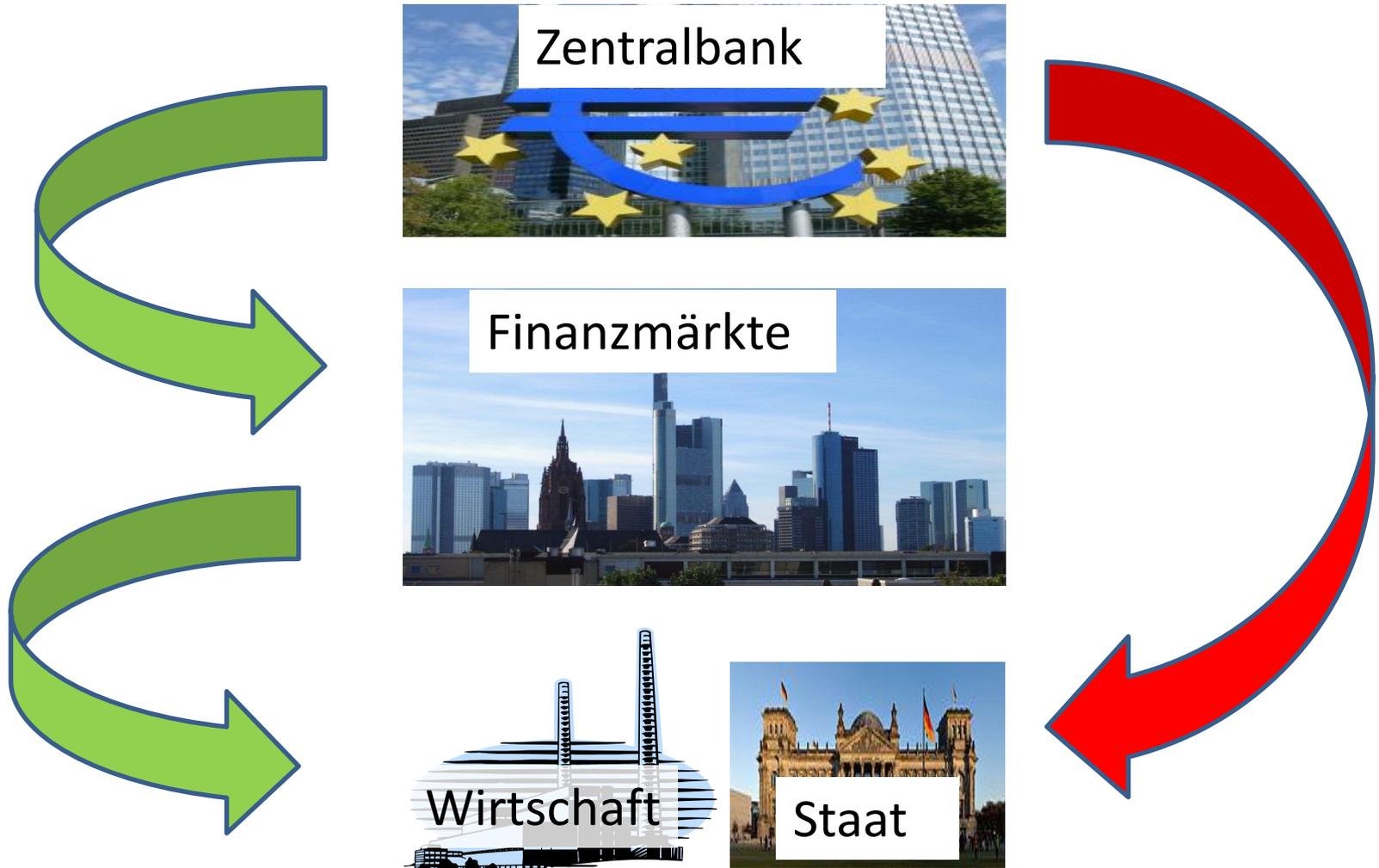
Beispielrechnung für EU-Flüchtlingskontingent 2016

Annahmen:

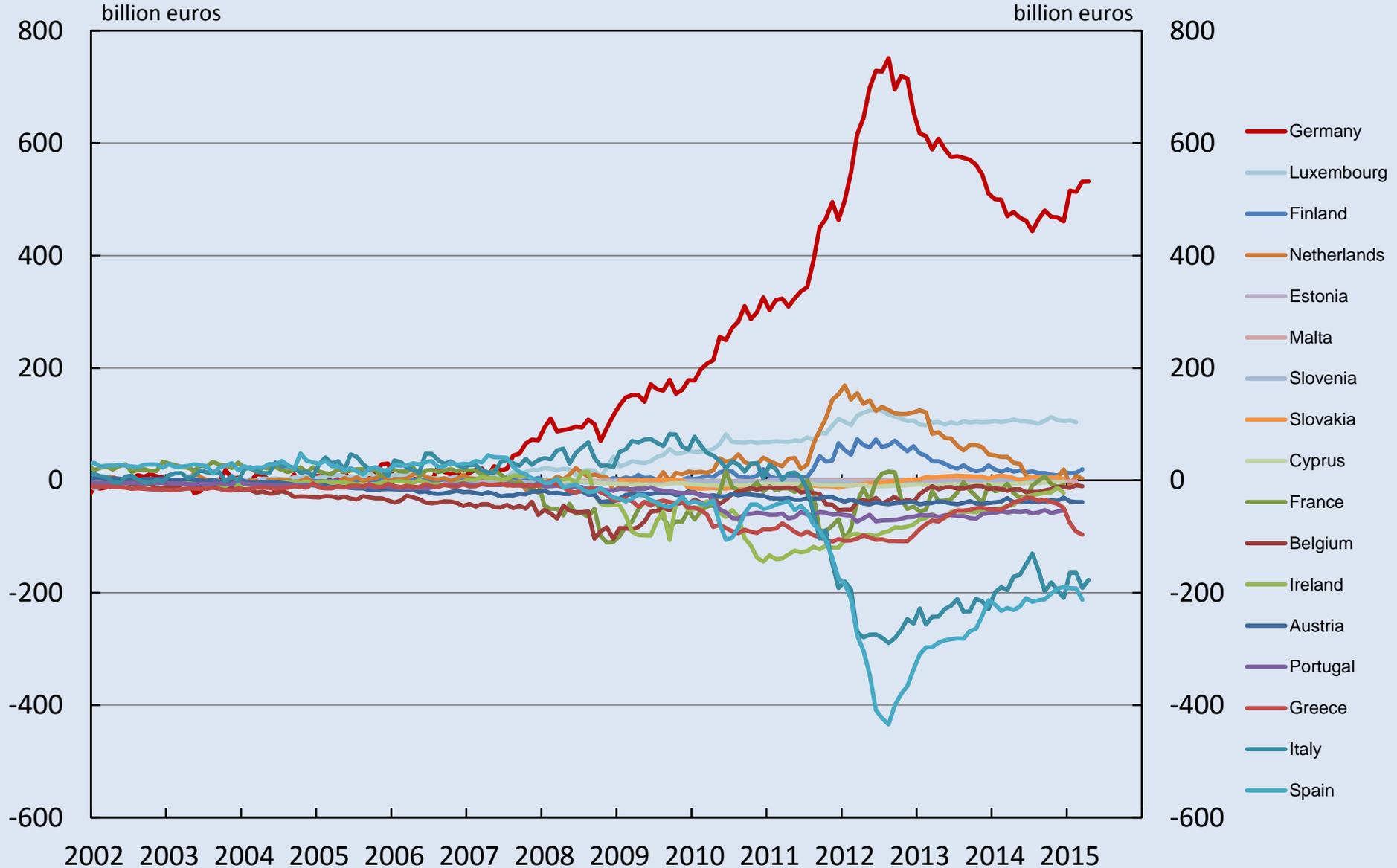
- 1,1 Mio. Flüchtlinge in EU28
- Aufnahmebereitschaft der Mitgliedsländer anteilmäßig wie 2015
- Kosten pro Flüchtling 20.000 €/Jahr (= 22 Mrd. € insgesamt)
- Finanzierung der EU-Kostenerstattung durch Mix Einnahmen/Ausgabenkürzung (50:50)
- Kleine Länder bleiben außen vor => 8 Gewinner, 4 Verlierer, 16 nicht betroffen

	Anteil an Flüchtlingen	Kostenerstattung/Jahr Netto (= abzgl. Finanzierungsanteil)
Deutschland	36%	+3,5 Mrd. €
Österreich	12%	+1,7 Mrd. €
Schweden	12%	+1,7 Mrd. €
Spanien	0,1%	-2,4 Mrd. €
Polen	0,3%	-2,2 Mrd. €
Frankreich	7%	-1,8 Mrd. €
Großbritannien	4%	-1,0 Mrd. €

EZB wird zunehmend zur Bad Bank für Staaten, Banken und Unternehmen



National Central Bank Target balances vis-à-vis the Eurosystem



Source: Compilation by the Ifo Institute.

Griechenland: Gläubiger beraten über Schuldenerleichterungen

Es geht um Auszahlung weiterer Summen aus dem 86 Milliarden-Kredit

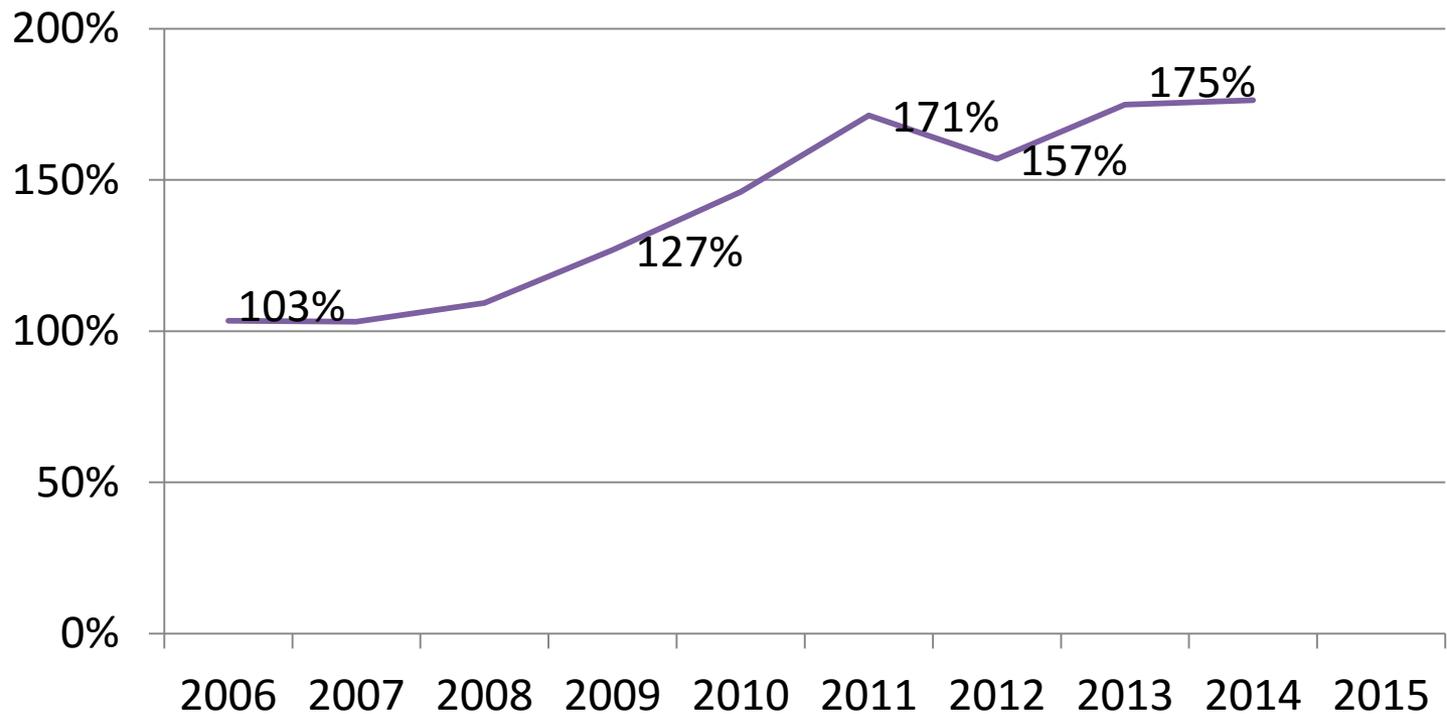
Der IWF hat noch nicht über seine Beteiligung an daran entschieden.

Der IWF will Schuldenerleichterungen für Griechenland und weitere Sparanstrengungen im Umfang von 3,6 Milliarden Euro.

Der IWF hält den von der EU verlangten Haushaltsüberschuss (ohne Schuldendienst) von 3,5 Prozent des BIP für unrealistisch und will nur 1,5 Prozent

Ungebremster Schuldenanstieg trotz aller Hilfen

Schuldenquote in % des BIP



Quelle für Grundzahlen: Institut der deutschen Wirtschaft

Wann ist ein ESM-Hilfsprogramm überhaupt möglich?



Bundesministerium
der Finanzen



- Umsetzung des Fiskalpaktes, u.a. Umsetzung einer Schuldenbremse
- „wenn dies zur Wahrung der Finanzstabilität in der Eurozone insgesamt und seiner Mitgliedstaaten unabdingbar ist.“
- „...auf der Basis einer Bewertung, ob die Staatsverschuldung tragfähig ist.“
- „...gegen Erfüllung strikter Auflagen im Rahmen eines wirtschafts- und finanzpolitischen Reform- und Anpassungsprogramms... dessen Einhaltung regelmäßig überwacht wird.“

Keine dieser Voraussetzungen war erfüllt!

Bisherige „Rettungspolitik“: Schwere Untreue in Tateinheit mit Bilanzfälschung und Konkursverschleppung

- Regelwidrige Vergabe neuer Kredite trotz sicherem Verlust
=> **schwere Untreue** gegenüber Steuerzahlern
- „Schuldenumstrukturierung“ (Verschleierung der Kosten und Verschiebung in die Zukunft) => **Bilanzfälschung**
- Halten Griechenlands im Euro aus rein politischen Gründen
=> **Konkursverschleppung**



Einzig richtige Lösung wäre der Grexit gewesen (mit teilweise, aber offenen Schuldenerlaß)

Für Griechenland:

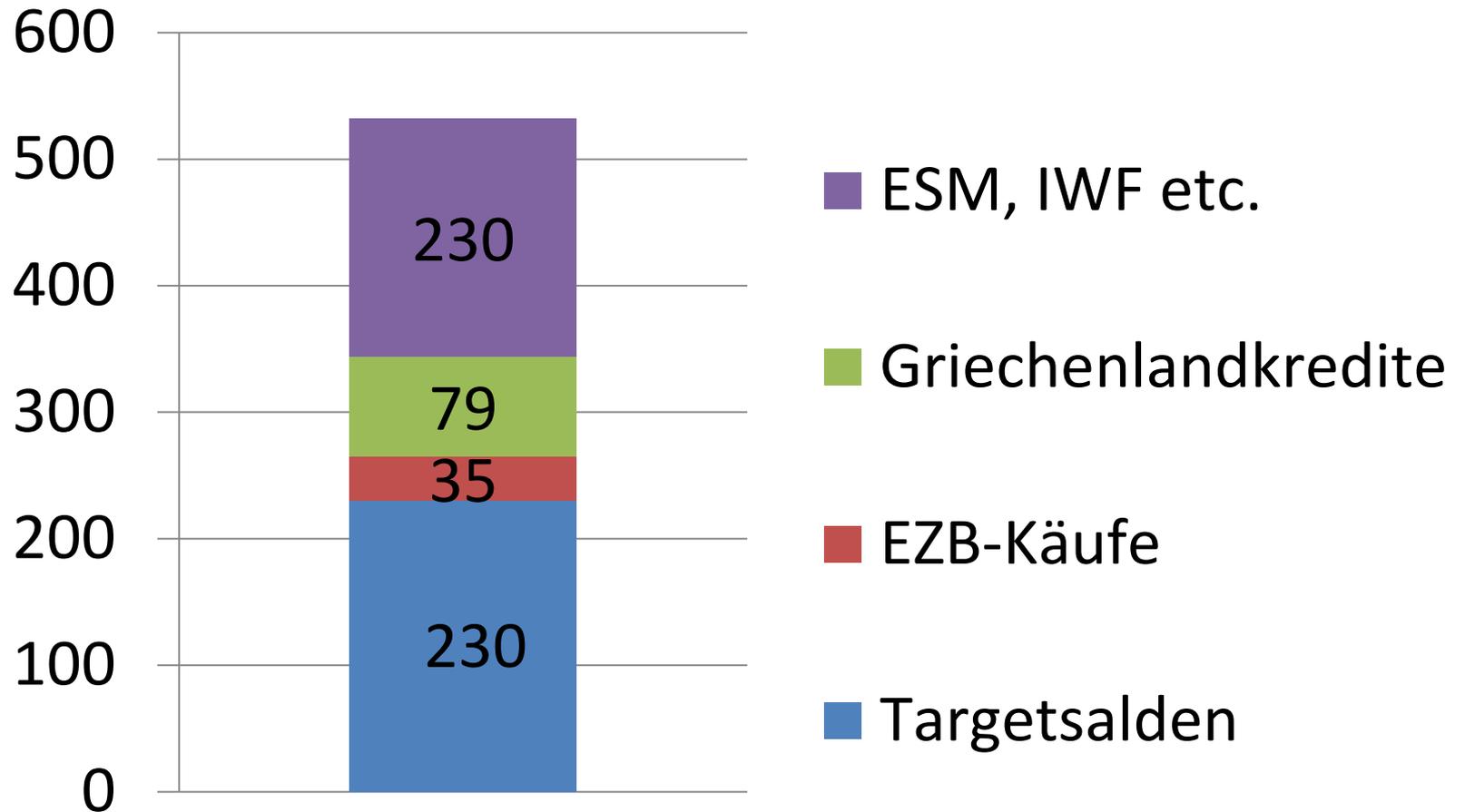
- Echtes Wachstumsprogramm, ursachengerecht
- Steigende Importpreise kompensieren durch Hilfen
- Endlich wieder Herr über die eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik

Für die Gläubigerländer:

- Kein weiteres Geld in Faß ohne Boden
- Altschulden sind sowieso verloren
- Schlechtes Beispiel für andere Länder (Italien, Spanien) wird vermieden

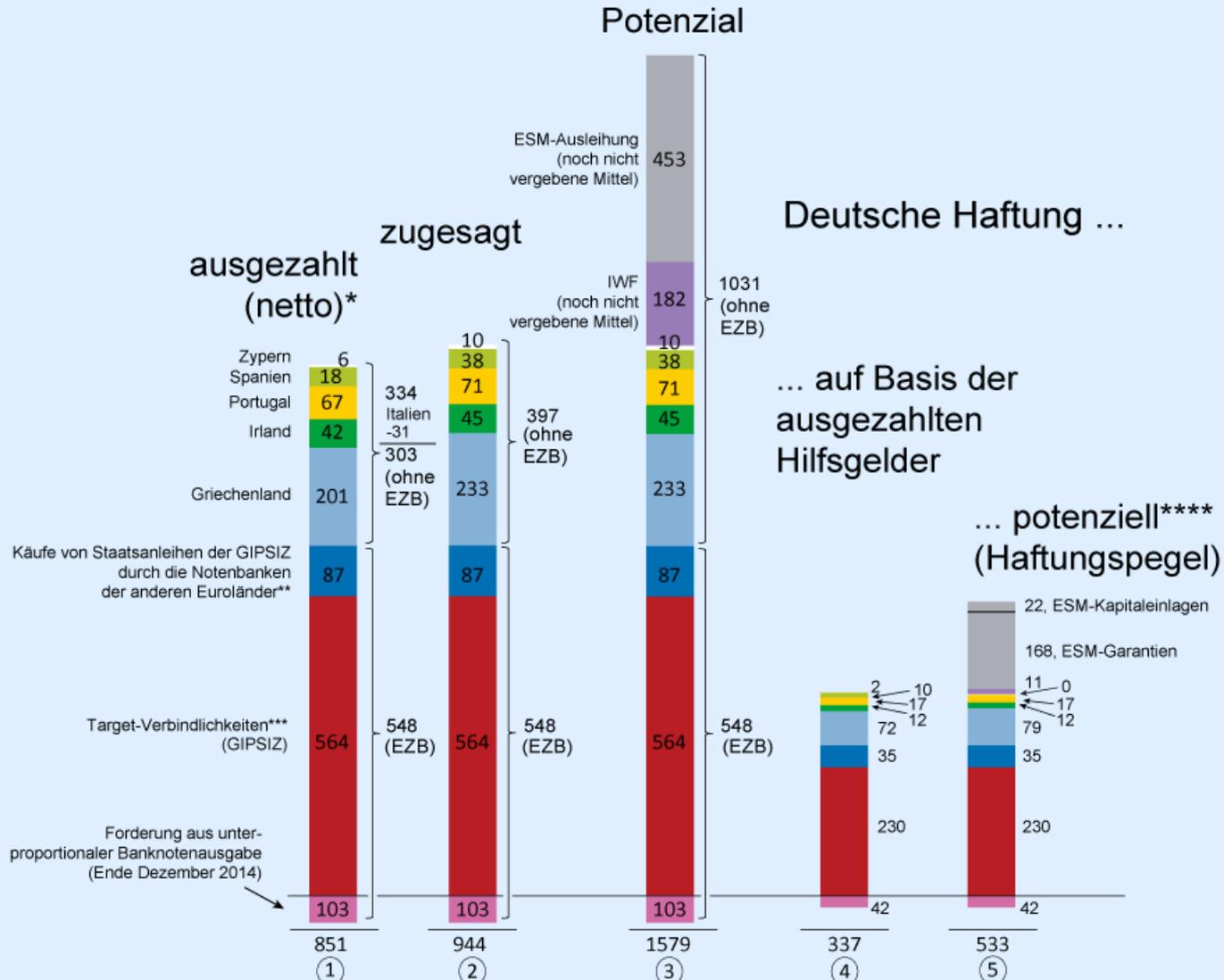
Anzustreben ist ein kleinerer Euroraum der soliden Länder
Eventuell auch kleinere EU („Nordeuropäische Allianz“)

Schuldenunion: Deutsche Haftung liegt derzeit bei 533 Mrd. €



Quelle für Grundzahlen: ifo-Institut

Rettungsmaßnahmen für die Euro-Krisenländer (Mrd. Euro)



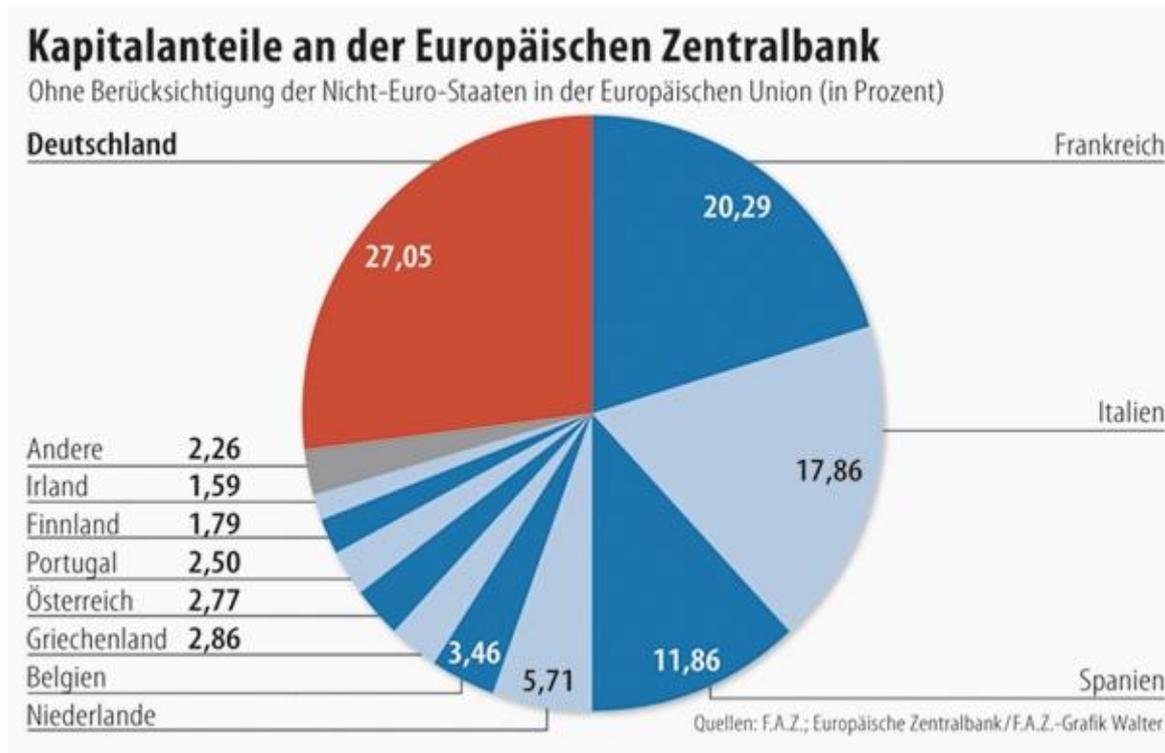
* An die GIPSIZ-Länder. Von den Hilfspfändern, die ein Land bekam, wurden jeweils die direkten Beiträge dieses Landes zu den Rettungsmaßnahmen (bilaterale Kredite an Griechenland, Beitrag zum EFSM via EU-Haushalt, Kapitaleinzahlung in den ESM) subtrahiert.

** Datenstand: 01.05.2015.

*** Irland, Portugal und Zypern: Ende Dezember 2014; Griechenland und Spanien: Ende März 2015; Italien: Ende April 2015.

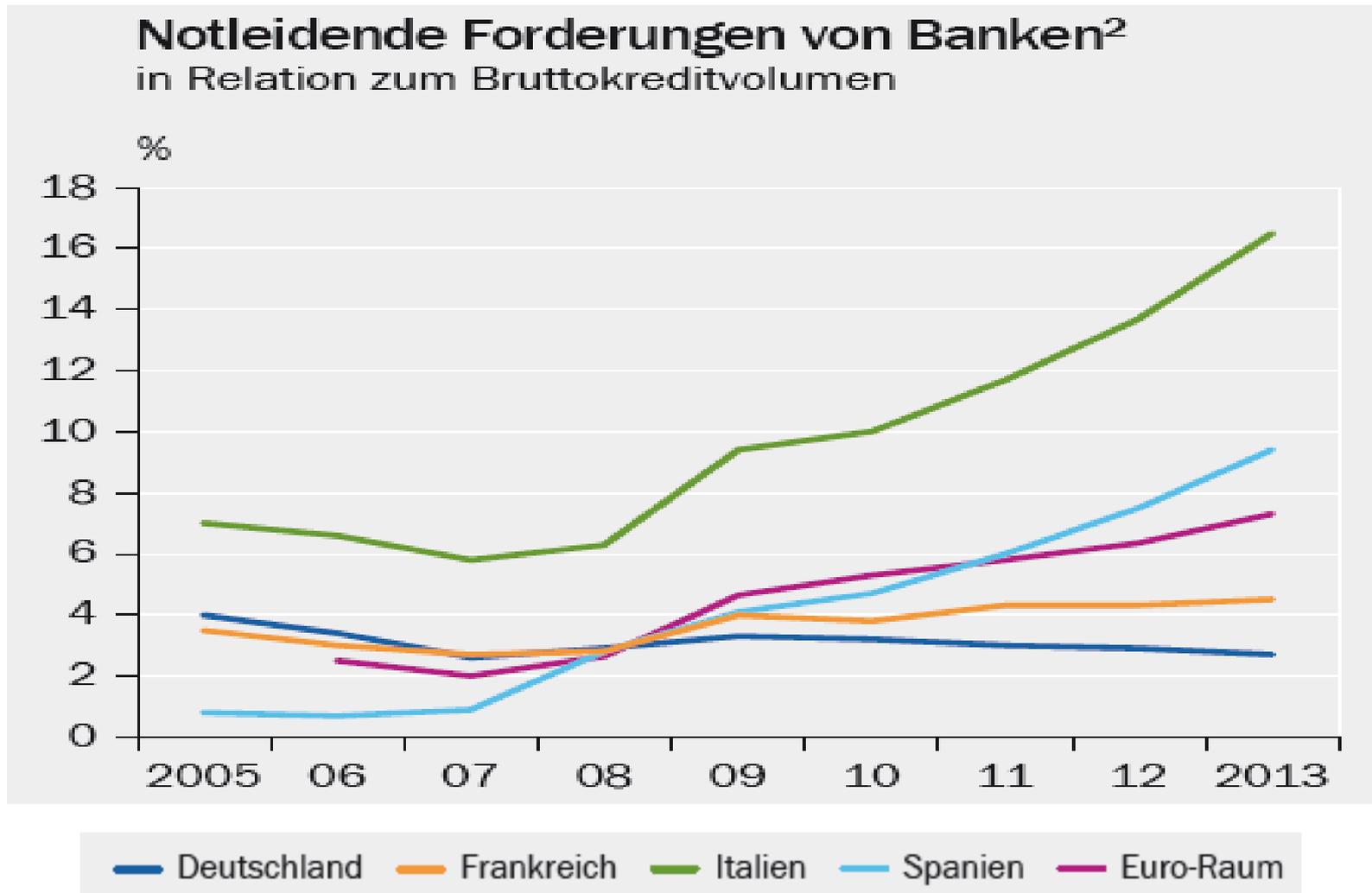
**** Bei Zahlungsausfall der GIPSIZ-Länder; bezogen auf das Potenzial (3. Säule).

Monetäre Staatsfinanzierung macht EZB zum dauerhaften Umverteilungsinstrument



- Sozialisierung der Risiken und EZB-Verluste
- Fehlanreize für Schuldnerstaaten
- Inflationsgefahr auf Vermögens- und Konsumgütermärkten

Bankenunion: 9 Bio. € Schulden allein der Banken der GIPS-Länder

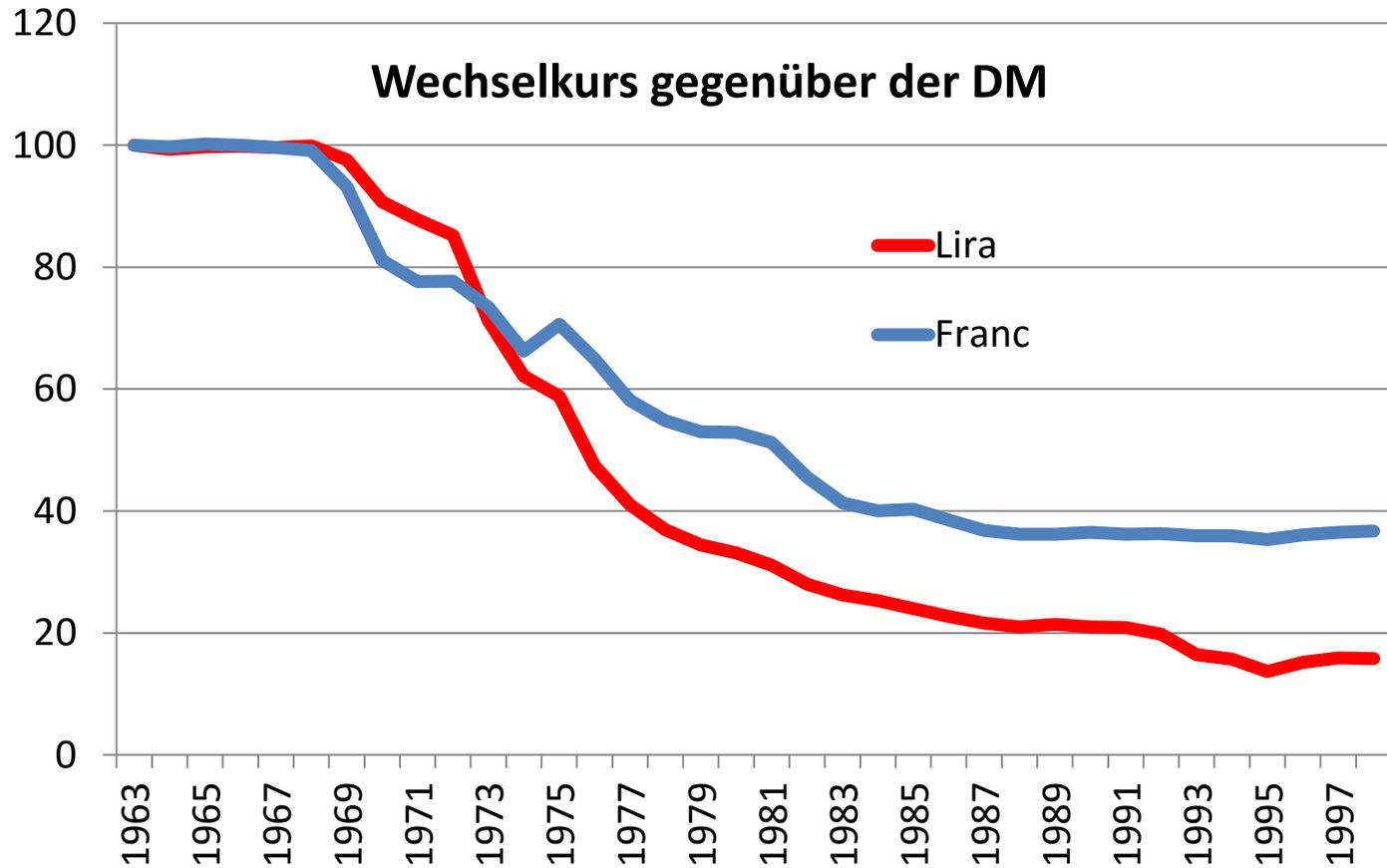


Quelle für Grafik: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2014

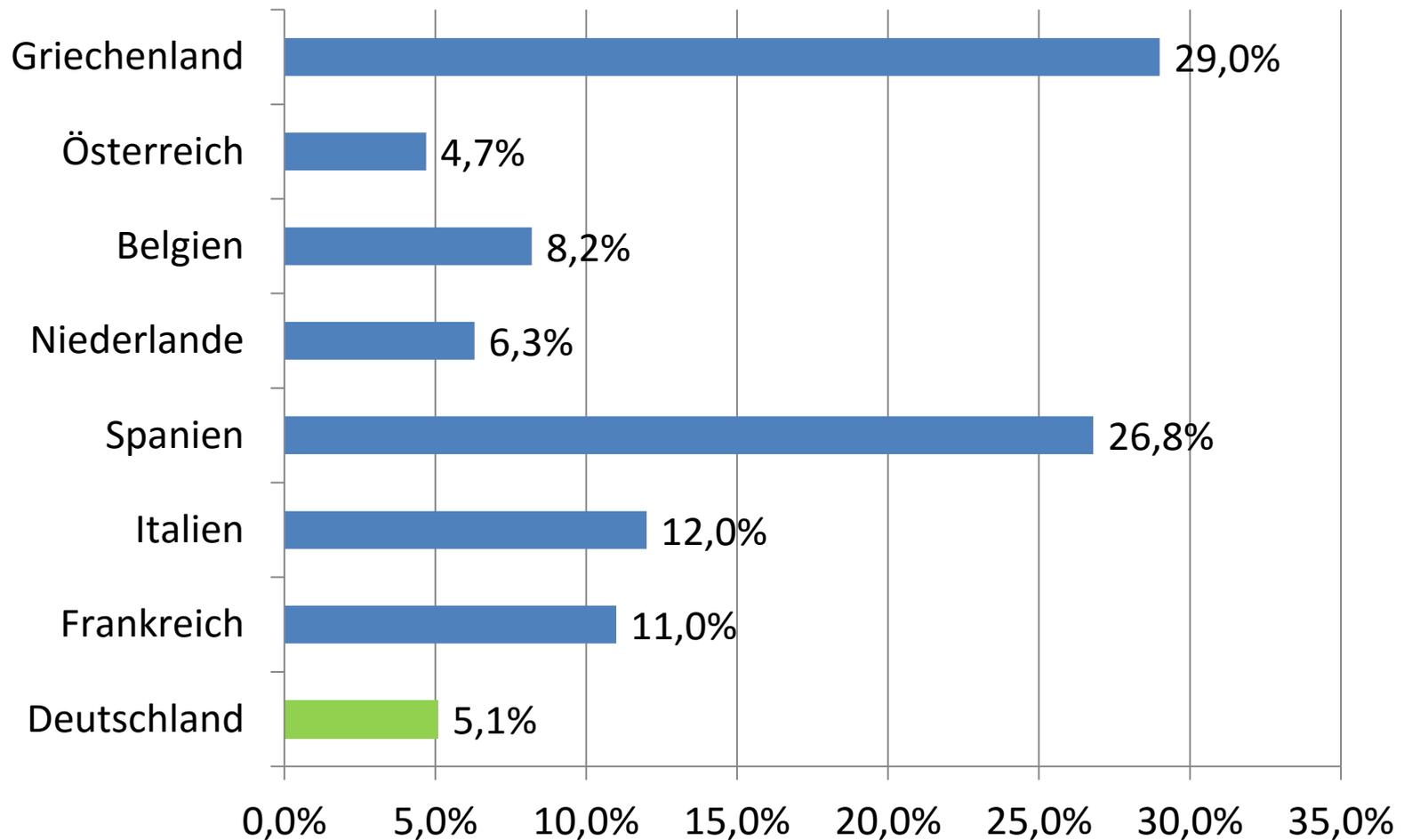
Nächste Projekte auf dem Weg zur politischen Union

1. „Fiskalische Kapazität“ (gemeinsamer Haushalt für den Euroraum)
 - Soll Konjunktur besser stabilisieren
 - Dürfte aber zu direkten Transfers und Krediten zugunsten der schwächeren Länder führen
2. Gemeinsame Arbeitslosenversicherung
 - Soll angeblich Konjunktur stabilisieren
 - Wird aber ebenfalls zu Transfers zu den schwächeren Ländern führen

Bräuchte eine Fiskalunion mehr Stabilität und Solidität?



Arbeitslosenquoten 2014



Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015

Was spricht gegen das Bargeldverbot?



- Kriminalität und Schwarzmärkte funktionieren auch ohne Bargeld
- Bürger, Unternehmen und Banken wären schutzlos Negativzinsen ausgesetzt
- Enteignung oder Heranziehung zu „Solidarbeiträgen“ aller Art per Mausklick möglich
- Gläserner Bürger: Alle Geldausgaben wären lückenlos nachvollziehbar
- Verbringung von Kapital ins Ausland wäre jederzeit verhinderbar
- Letztlich wäre der Bürger auch physisch Gefangener des Staates

Vorschlag Bernd Kölmel: Noch größere Geldscheine drucken!



- Tresorkosten für Unternehmen und Banken würden sinken
- Fälschung schwer möglich (hoher Kontrollaufwand würde sich lohnen)
- Leichte Lagerung in Banktresoren, auch für die Bürger

Fazit

- Die EU steht am Scheideweg: Weitere Vertiefung und Erweiterung wird sie zerstören
- Es fehlt jede Voraussetzung für eine politische Union (Keine gemeinsame Sprache, Solidarität, Kultur, Historie, Interessen....)
- Der Brexit am 23. Juni wäre der Anfang vom Ende der EU => der zentralistische Kurs würde auf noch weniger Widerstand stoßen
- Notwendig wäre eine Allianz der Nordländer, zumindest innerhalb der EU, notfalls auch an deren Stelle
- Ziele müßten sein: Abschaffung des EU-Parlaments, kleinerer Euroraum, Ende der Schuldensozialisierung, Ende der monetären Staatsfinanzierung, effektive Sicherung der Außengrenzen, Rückkehr zu Marktwirtschaft und Subsidiarität



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
